



HESSISCHER LANDTAG

17.11.2009

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

**Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 18/1424 zu Drucksache 18/1013**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel alle
Buchungskreis: alle

Produktnummer lt. Leistungsplan alle

Bezeichnung lt. Leistungsplan diverse

Sonstige Veränderungen:

Oberziel

alt: Hessen strebt nach einer aktiven Bürgergesellschaft, in der jeder freiwillig Verantwortung - auch ehrenamtlich - übernimmt, aber auch darauf vertrauen kann, dass er unabhängig vom Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung solidarische Hilfe erhält und die Teilnahme am öffentlichen Leben gewährleistet wird. Das Lebens- und Arbeitsumfeld von Familien wird verbessert - insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei voller Wahlfreiheit der Eltern gestärkt. Kinderfreundlichkeit und die Generationensolidarität stehen gerade auch angesichts der demographischen Herausforderung im Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik der hessischen Landesregierung. Die Sicherstellung gesunder Lebensverhältnisse und der Gesundheitsschutz werden gefördert. Die Qualität der Arbeit und der Arbeitsbedingungen wird verbessert, die Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbsfähigen gestärkt, insbesondere auch zur nachhaltigen Gestaltung des demographischen Wandels in der Arbeitswelt. Die Integration von Erwerbsfähigen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wird nach dem Prinzip "Fördern und Fordern" verbessert.

neu: Hessen strebt nach einer aktiven und gerechten BürgerInnengesellschaft, in der jede und jeder in seiner Selbstverantwortung gestärkt wird und darauf vertrauen kann, dass sie und er unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung solidarische Hilfe erhält und ihre bzw. seine Teilhabe am öffentlichen Leben gewährleistet ist.

Die Leitlinien sind Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit.

Im Mittelpunkt steht die kinderfreundliche Gestaltung der Lebensumfelder der Menschen in Hessen; dazu gehört der frühe und gerechte Zugang zu altersgerechten Bildungsangeboten, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter und ein ausreichender Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Gewalt.

Mit der Zunahme des Anteils älterer Mitbürger ist die Solidarität der Generationen zu stärken sowie die Gestaltung des demografischen Wandels durch Umbau der Lebensräume in den Städten und im ländlichen Raum und mit einer Vielfalt von Angeboten zu begleiten. Menschen mit Behinderungen erhalten die notwendige Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen. Älteren

Menschen wird die Teilhabe am Leben der Gemeinschaft und ein Leben in Würde bis ins hohe Alter gewährleistet.

Gesundheitsförderung und Prävention dienen der Sicher- und Herstellung gesunder Lebensverhältnisse, dem Gesundheitsschutz und die Fähigkeit zur Gesunderhaltung. Die aktuellen Herausforderungen an Medizinische Versorgung und Pflege bedürfen neuer, innovativer Lösungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Die Qualität der Arbeit und der Arbeitsbedingungen wird verbessert, die Beschäftigungsfähigkeit und die Integration der Erwerbsfähigen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gestärkt. Besonderes Gewicht wird auf die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die Qualifizierung von Jugendlichen und die Beschäftigung von Behinderten gelegt.

Ein bedarfsgerechtes Angebot an Sozialen Dienstleistungen trägt zum Abbau von Armut, vor allem von Kinderarmut, bei, stärkt und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen des Landes.

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Das Oberziel wurde konkretisiert.

Wiesbaden, 16.11.2009

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir